



E-Control  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
per E-Mail

Datum  
10.02.2026

L.USM.26.0003/1368885

Betrifft:

**Stellungnahme zur Netzreserve-Verordnung - V EPV 02/25**

DokID: 1368885

Sehr geehrte Damen und Herren,

APG bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Folgend findet sich eine Auflistung und Begründung des durch APG identifizierten Änderungsbedarfs.

**Zu §3 Abs. 1: Abgabe einer Stilllegungsanzeige durch Energiespeicheranlagen**

§ 3 Abs 1 VO-Entwurf sieht vor, dass Energiespeicheranlagen für die Teilnahme an den Ausschreibungen zur Beschaffung der Netzreserve eine Stilllegungsanzeige abgeben müssen.

Der beihilferechtliche Genehmigungsbeschluss sieht jedoch nur für Erzeugungsanlagen die Abgabe einer Stilllegungsanzeige vor (Rz 52a Genehmigungsbeschluss, sowie Rz 35 und 36). Energiespeicheranlagen hingegen müssen im Umkehrschluss keine Stilllegungsanzeige abgeben, um an den Netzreserveausschreibungen teilzunehmen.

Die Aufnahme eines dem Genehmigungsbeschluss widersprechenden Erfordernisses für die Abgabe einer Stilllegungsanzeige durch Energiespeicheranlagen wäre als Verstoß gegen das beihilferechtliche Durchführungsverbot gemäß Art 108 Abs 3 AEUV zu qualifizieren. Das beihilferechtliche Durchführungsverbot ist unmittelbar anwendbar und von Amts wegen durch E-Control bei der Verordnungserlassung zu berücksichtigen.<sup>1</sup> Dementsprechend wäre die Verordnung dahingehend abzuändern, dass die Abgabe für Energiespeicheranlagen nicht erforderlich ist und auch keine Teilnahmevoraussetzung für die Ausschreibungen bildet.

Die Beschaffung der Netzreserve würde im Hinblick auf die den übergangenen Energiespeicheranlagen und Wettbewerbern der bezuschlagten Anbieter zustehenden

---

<sup>1</sup> Sutter in Mayer/Stöger, EUV/AEUV Art 108 AEUV, Rz 70 bis 74.



Rechtsschuttmitteln<sup>2</sup> mit einem unvertretbaren Risiko belastet werden, falls E-Control an der Teilnahmevoraussetzung der Abgabe einer Stilllegungsanzeige für Energiespeicheranlagen festhalten sollte.

*Das Erfordernis der Abgabe einer Stilllegungsanzeige für die Ausschreibungsteilnahme von Energiespeicheranlagen sollte im Hinblick auf den klaren Wortlaut des Genehmigungsbeschlusses (Rz 52a; 35 und 36) gelöscht werden. Andernfalls könnte die Durchführung der Ausschreibung durch Betreiber von Energiespeicheranlagen beihilferechtlich in Frage gestellt werden.*

### **Zu §3 Abs. 1: Frist für die Abgabe von Stilllegungsanzeigen**

§ 3 Abs. 1 VO-Entwurf sieht vor, dass Betreiber von Erzeugungsanlagen und Energiespeicheranlagen mit einer Engpassleistung von >1 MW (siehe die vorangehenden Ausführungen zur Frage der Rechtmäßigkeit der Voraussetzung zur Abgabe von Stilllegungsanzeigen zu Energiespeicheranlagen) bis 31.12. eines jeden Jahres zur Abgabe von Stilllegungsanzeigen verpflichtet sind.

In den zahlreichen Diskussionen zwischen ECA/APG bzw. ECA/APG/BMK zu den Fristen im Ausschreibungsprozess einigte man sich auf den 01. Dezember als Frist für die Abgabe von Stilllegungsanzeigen, was schlussendlich auch mit Rz 35 der Genehmigung umgesetzt wurde. Dies ist für den zeitgerechten Abschluss der Systemanalyse, für ausreichend Zeit zur Prüfung der Stilllegungsanzeigen, insbesondere unter Berücksichtigung des auf 1 MW reduzierten Schwellenwerts zur verpflichtenden Abgabe von Stilllegungsanzeigen und somit für einen fristgerechten Start des Ausschreibungsverfahrens, wesentlich.

Wenn der Genehmigungsbeschluss die Abgabe der Stilllegungsanzeigen mit dem 01. Dezember vorsieht, ist das Abweichen von diesem Stichtag im Entwurf zur Verordnung uE kritisch zu sehen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Abweichung vom explizit im Genehmigungsbeschluss ausgewiesenen Stichtag als Verletzung des beihilferechtlichen Durchführungsverbots gemäß Art 108 Abs 3 AEUV zu qualifizieren wäre. Eine Materialisierung dieses Risikos könnte die Durchführung der Ausschreibung gefährden. Das mit der Abweichung verfolgte Ziel einer weiteren Flexibilisierung des Prozesses zur Abgabe der Stilllegungsanzeigen steht nach Ansicht von APG außer Verhältnis zu dem Risiko einer Infragestellung des Ausschreibungsprozesses.

*APG ersucht um die Korrektur der Frist für die Abgabe von Stilllegungsanzeigen auf den 01. Dezember eines jeden Jahres im Sinne des Rz 35 Genehmigungsbeschluss, um das Risiko des Vorwurfs eines Verstoßes gegen das beihilferechtliche Durchführungsverbot zu vermeiden.*

---

<sup>2</sup> u.a. Unterlassungsansprüche gemäß § 1 UWG; vgl OGH 4 Ob 154/09i und 4 Ob 40/11b. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Vertretbarkeit der Beihilfengewährung eine untaugliche Rechtfertigung ist. Es ist lediglich zu prüfen, ob objektiv gegen das Durchführungsverbot verstoßen wurde.



#### **Zu § 4 Abs 9 erster Satz VO-Entwurf: Entfall der Spezifikation „geplanten“**

Der VO-Entwurf regelt nicht, was unter einer „geplanten Nichtverfügbarkeit“ zu verstehen ist. Es ist für APG selbst unter Berücksichtigung der Inhalte der Allgemeinen Bedingungen/Ausschreibungsunterlagen nicht ersichtlich, worin der Mehrwert dieser Spezifikation besteht. *Dementsprechend ersucht APG um Löschung der Spezifikation „geplanten“ in § 4 Abs 9 erster Satz VO-Entwurf.*

#### **Zu § 4 Abs 11 VO-Entwurf: Klarstellung des Verhältnisses zu § 146 Abs. 1 EIWG und Ausgestaltung als Aussetzung des Marktverbots**

APG versteht § 4 Abs 11 VO-Entwurf so, dass damit eine Abänderung von § 146 Abs. 1 EIWG bezweckt ist (Entfall der Verpflichtung zur Rückzahlung des bereits bezogenen Entgelts, mit Ausnahme der angemessenen Kosten). § 4 Abs 11 VO-Entwurf soll dem Verständnis von APG nach keinen zusätzlichen Tatbestand zur Aussetzung des Marktverbots (siehe vorangehende Ausführungen) schaffen. Das Verhältnis von § 4 Abs 11 VO-Entwurf zu § 146 Abs. 1 EIWG sollte in den Erläuterungen klargestellt werden.

§ 4 Abs. 11 VO-Entwurf sollte dahingehend angepasst werden, dass lediglich das Marktverbot und die Entgeltpflicht ausgesetzt werden, der Vertrag jedoch bestehen bleibt. Andernfalls wäre die vertragliche Durchsetzung der Verfügbarkeitsverpflichtung nicht gesichert.

*APG ersucht um Klarstellung des Verhältnisses von § 4 Abs. 11 VO-Entwurf zu § 146 Abs. 1 EIWG und um Abänderung entsprechend dem folgenden Formulierungsvorschlag.*

#### **Formulierungsvorschlag:**

§ 4 Abs 11 VO-Entwurf: Die Betreiber, mit denen ein Netzreservevertrag gemäß Abs. 7 und 8 abgeschlossen wurde, können **die Anwendung des Verbots der Marktteilnahme gemäß § 4 Abs 9** einmalig pro Vertrag **aussetzen**. ~~Teilnahme an der Netzreserve ruhend stellen.~~ [...].

#### **Zu § 6 Abs. 1: Toleranzbandbreite in Zusammenhang mit Stilllegungsverboten**

Gemäß § 6 Abs. 1 VO-Entwurf steht den verpflichteten Personen bei Aussprache von Stilllegungsverboten keine Toleranzbandbreite zur Verfügung. Der Hintergrund der Einführung der temporär saisonalen Stilllegungsanzeige und der damit verbundenen Toleranzbandbreite ist der jährlich schwankende und nicht weit im Voraus prognostizierbare Wärmebedarf in den Übergangsmonaten.<sup>3</sup> Unabhängig von der Ausschreibungsmethode kann es also dazu kommen, dass (entgegen der Annahme der Anlagenbetreiber bei Abgabe der temporär saisonalen Stilllegungsanzeige) im Frühjahr ein längerer Wärmebedarf, oder im Herbst ein früherer Wärmebedarf und somit ein Bedarf an der Nutzung der Toleranzbandbreite besteht. Durch die Nutzung der Toleranzmonate können Betreiber am Strommarkt teilnehmen und auch den Fernwärmebedarf decken, erhalten im Gegenzug jedoch kein Entgelt für die Leistungsvorhaltung.

---

<sup>3</sup> Vgl Rz 58 Genehmigungsbeschluss.



Aus operativer Sicht des Regelzonenführers bedingt die Nutzung der Toleranzmonate durch die vorhandene Verfügbarkeitsverpflichtung keinen Nachteil, jedoch reduzieren sich durch die Nutzung von Toleranzmonaten die jährlichen Kosten der Netzreserve und somit das durch die Netzkunden schlussendlich zu tragende Netznutzungsentgelt.

*APG ersucht E-Control um Prüfung, inwiefern den bei Aussprache von Stilllegungsverboten verpflichteten Personen die Inanspruchnahme der Toleranzbandbreite ermöglicht werden kann/sollte.*

### **Zu § 6 Abs. 5: Vermischung kostenbasierte und marktbasierte Ausschreibung**

Dem Grunde nach ist die Idee, dass bei der Durchführung einer kostenbasierten Ausschreibung, die alle Anlagen mit Stilllegungsanzeige zur Bekanntgabe ihrer Kosten verpflichtet, auch Anlagen ohne Verpflichtung zur Stilllegungsanzeige durch Abgabe von Geboten teilnehmen können, für APG nachvollziehbar. Diese gut gemeinte Intention wird dadurch konterkariert, dass durch die kostenbasierte Ausschreibung der Markt stark komprimiert wird. Die Schutzmechanismen für ungerechtfertigt hohe Gebote (Referenzwerte und Signifikanzüberschreitungen) sind in diesem Fall nicht mehr wirksam, weil womöglich ein einzelnes verbleibendes Gebot seinen eigenen Referenzwert festlegt. Um eben dies zu verhindern, wurde die Möglichkeit einer kostenbasierten Beschaffung eingeführt. Abhilfe schafft hierfür das Flexibilitätsprodukt, welches über die Flex-Plattform ausgeschrieben wird, denn im Grunde erlaubt diese Plattform die Teilnahme aller Anlagen ohne Stilllegungsanzeigen, was eben jenen Anlagen entspricht, die nicht zur Vorlage ihrer Kosten aufgefordert werden.

Weiters ist unklar, inwiefern die Mischung von kostenbasierter und marktbasierter Ausschreibung genehmigungskonform wäre. Die Rz 82ff Genehmigungsbeschluss zur kostenbasierten Beschaffung erwähnen keine solche Mischung von kosten- und marktbasierter Beschaffung. Dementsprechend ist es aus unserer Sicht unwahrscheinlich, dass die Mischung von kosten- und marktbasierter Beschaffung als genehmigungskonform zu qualifizieren ist. Das beihilferechtliche Durchführungsverbot ist unmittelbar anwendbar und von Amts wegen durch E-Control bei der Verordnungserlassung zu berücksichtigen. Dementsprechend wäre die Verordnung dahingehend abzuändern, dass neben der kostenbasierten Beschaffung keine marktbasierte Beschaffung vorzunehmen ist. Die Beschaffung der Netzreserve würde im Hinblick auf die den Wettbewerbern der bezuschlagten Anbieter zustehenden Rechtsschutzmitteln mit einem unvermeidbaren Risiko belastet werden, falls E-Control an der Beibehaltung der Vermischung von kostenbasierter und marktbasierter Ausschreibung festhalten sollte.

Selbst wenn eine solche Regelung genehmigungskonform wäre, wovon wir aus oben genannten Gründen nicht ausgehen, stellt sich die Frage der Umsetzung und Implementierung. Für die Durchführung dieser Art von Ausschreibung sind weder im Genehmigungsbeschluss noch im EIWG oder im VO-Entwurf Regelungen enthalten, wie eine solche Ausschreibung im Detail durchzuführen wäre. Konkrete Fragestellungen zur Detailausgestaltung: Wie errechnen sich Referenzwerte; wie passen die Fristen zwischen den



unterschiedlichen Ausschreibungsarten zusammen; in welcher Form werden die Gebote eingeholt; wie wird sichergestellt, dass es sich hierbei um einen liquiden Markt handelt.

*APG ersucht daher § 6 Abs. 5 VO-Entwurf zu streichen und in den Erläuterungen darauf hinzuweisen, dass alle verbleibenden Anlagen ohnehin über die Flex-Plattform an der Ausschreibung teilnehmen können. Durch diese Erläuterung würde ein Level-Playing Field in der Ausschreibung sichergestellt und ein Verstoß gegen das beihilferechtliche Durchführungsverbot vermieden werden.*

### **Fehlende Regelung der Toleranzbandbreite bei Monatsprodukt**

Rz 58 Genehmigungsbeschluss sieht vor, dass im Falle von monatlichen Netzreserveprodukten (bei Abgabe einer temporär saisonalen Stilllegungsanzeige) ebenso die Toleranzbandbreite zur Aussetzung des Marktverbots zusteht.

Derzeit findet sich im Verordnungsentwurf keine Regelung zur Inanspruchnahme der Toleranzbandbreite bei Monatsprodukten unter Voraussetzung der Abgabe einer temporär saisonalen Stilllegungsanzeige. Eine solche Regelung muss im Sinne der in Rz 58 Genehmigungsbeschluss enthaltenen Anforderung aufgenommen werden.

*APG ersucht um Aufnahme einer Regelung, wonach beim Monatsprodukt bei Abgabe einer temporär saisonalen Stilllegungsanzeige für die Sommersaison eine Toleranzbandbreite in Anspruch genommen werden kann.*

### **Klarstellung des Abänderungsumfangs der Bestimmungen des Verordnungsentwurfs**

Es sollte in den Erläuterungen klarer zum Ausdruck kommen, falls Absätze des jeweiligen Paragraphen des EIWG durch die jeweilige Bestimmung des VO-Entwurfs (i) vollständig ersetzt werden oder (ii) nur teilweise abgeändert werden. Falls Absätze des jeweiligen Paragraphen des EIWG nur teilweise abgeändert werden, wäre unseres Erachtens klarer auszuarbeiten, welcher Teil des jeweiligen Absatzes nach Verordnungserlassung weiter besteht. Andernfalls besteht das Risiko von Unklarheiten in der Rechtsanwendung.

*APG ersucht um Klarstellung des Abänderungsumfangs der Bestimmungen des Verordnungsentwurfs.*

### **Zu § 7 VO-Entwurf: Monitoring der Netzreserve:**

Die in § 146 Abs. 4 EIWG enthaltene Verordnungsermächtigung lautet auszugsweise wie folgt: „Soweit dies zur Herstellung der beihilferechtlichen Vereinbarkeit gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV erforderlich ist, kann die Regulierungsbehörde Regelungen [...] zum Monitoring der Netzreserve ([...] eine Ex-Post-Analyse des Regelzonenführers [...] durch Verordnung erlassen und insoweit Abweichendes von den Bestimmungen des § 6 Abs. 1 Z 115, 116, 134, 153 und 154 sowie der §§ 143 Abs. 1, 144, 145 und 146 Abs. 1 bis 3 anordnen [...].“

Die §§ 3 Abs. 3; 7 Abs. 1 und Abs. 2 sowie 8 Abs. 3 VO-Entwurf angedachten Änderungen beziehen sich jedoch auf § 143 Abs. 3 EIWG (Methode der Systemanalyse) und § 143 Abs. 4 EIWG (Eingangsdaten und Szenarien). Die Abänderung dieser Absätze ist gerade nicht Bestandteil der Verordnungsermächtigung, wie sich aus dem Wortlaut der Verordnungsermächtigung ergibt, welcher sich auf die Abänderung von § 143 Abs. 1 EIWG beschränkt.<sup>4</sup> Dementsprechend ist die Zulässigkeit aller Änderungen des VO-Entwurfs, die sich auf § 143 Abs. 2 bis 6 EIWG beziehen, zu hinterfragen.

### **Zu § 7 Abs. 2 VO-Entwurf: Verhältnis der Ex-Post Analyse zur Antragstellung zur Genehmigung der Eingangsdaten gemäß § 3 Abs. 3 VO-Entwurf**

§ 143 Abs. 4 EIWG lautet wie folgt: „Der Regelzonenführer hat jährlich vor dem Beginn der Erstellung der Systemanalyse für das Folgejahr jedenfalls bis 30. September einen Entwurf für sämtliche [...] Eingangsdaten bzw. Annahmen für Szenarien bei der Regulierungsbehörde einzureichen.“

§ 3 Abs. 3 VO-Entwurf sieht vor, dass eine Antragstellung auch über den 30. September hinaus, aber spätestens bis 30. November erfolgen muss.

Diese gesetzliche Frist wurde – entsprechend den Abstimmungen zwischen BMWET, E-Control und APG im Rahmen der beihilferechtlichen Notifikation – so festgelegt, dass die Systemanalyse des Folgejahrs auch tatsächlich zeitgerecht durchgeführt werden kann. Eine Antragstellung zur Genehmigung der Eingangsdaten nach dem 30. September, deren Ermöglichung durch E-Control nun in § 3 Abs. 3 VO-Entwurf angedacht ist, kommt aus operativer Sicht nicht in Frage. Andernfalls würde die rechtzeitige Fertigstellung der Systemanalyse durch APG gefährdet werden (unvertretbare Abhängigkeit von einer unwahrscheinlich schnellen Genehmigung des Antrags durch E-Control). Eine Antragstellung zur Genehmigung der Eingangsdaten kommt dementsprechend für APG nach dem 30. September nicht in Frage.

§ 143 Abs. 3 EIWG lautet wie folgt: „Die Methode hat insbesondere sicherzustellen, dass bei der Systemanalyse [...]

---

<sup>4</sup> Die Beschränkung der Verordnungsermächtigung auf den § 143 Abs. 1 EIWG und die Aussparung des § 143 Abs. 2 bis 6 EIWG ergibt sich aus den Abstimmungen zwischen BMWET, E-Control und APG im Rahmen der beihilferechtlichen Notifikation der Netzreserve. In diesen Abstimmungen wurde der Konsens gebildet, dass § 143 Abs. 2 bis 6 EIWG durch die Verordnung nicht abgeändert werden sollten.



*2. die Erkenntnisse einer Ex-Post-Analyse über die Entwicklungen und Häufigkeit der Engpassmanagementabrufe des Vorjahres berücksichtigt werden“*

Wenn sich auch die Berücksichtigungspflicht der Ex-Post Analyse gemäß § 143 Abs. 3 Z 2 EIWG auf die Methode bezieht, wirkt sie sich logischerweise auch auf den Antrag zur Genehmigung der Eingangsdaten aus, weil die Erkenntnisse der Ex-Post Analyse methodisch zur Auswahl der Eingangsdaten herangezogen werden.

Der Betrachtungszeitraum der Ex-Post Analyse muss sich auf das Vorjahr beziehen, damit die daraus gewonnen Erkenntnisse auch tatsächlich bei der Antragstellung für die Genehmigung der Eingangsdaten berücksichtigt werden können.

Die Regulierungsbehörde schlägt in § 7 Abs. 2 VO-Entwurf vor, den Betrachtungszeitraum der Ex-Post Analyse in einem sachlich unangemessenen Ausmaß festzusetzen: Der Endzeitpunkt des vorgeschlagenen Betrachtungszeitraums der Ex-Post Analyse (30. September des laufenden Jahres) kollidiert nunmehr mit dem gesetzlichen Stichtag für die Antragstellung zur Genehmigung der Eingangsdaten gemäß § 143 Abs. 3 EIWG (ebenso 30. September). Der angedachte Betrachtungszeitraum der Ex-Post Analyse verunmöglicht so die Erfüllung der Vorgabe des § 143 Abs. 3 Z 2 EIWG, wonach die Erkenntnisse der Ex-Post Analyse in der Methode und darauf aufbauend in der Auswahl der Eingangsdaten zu berücksichtigen sind: Wenn die Ex-Post Analyse entsprechend des angedachten Betrachtungszeitraums frühestens mit 01. Oktober fertiggestellt werden kann, können die Erkenntnisse der Ex-Post Analyse im Antrag zur Genehmigung der Eingangsdaten zum Stichtag am 30. September nicht berücksichtigt werden. Der vorgegebene Betrachtungszeitraum für die Ex-Post Analyse ist dementsprechend im Hinblick auf das Sachlichkeitsgebot und die gesetzliche Verpflichtung zur Berücksichtigung des Gesichtspunktes der operativen Durchführbarkeit gemäß § 146 Abs. 4 vorletzter Satz EIWG zu hinterfragen.

Aus Sicht von APG könnte die operative Durchführbarkeit der Ex-Post Analyse bei gleichzeitiger Einhaltung des Stichtags für die Antragstellung zur Genehmigung der Eingangsdaten erreicht werden, wenn der Betrachtungszeitraum von 1. April des Vorjahres bis 31. März des Jahres festgelegt werden würde. So könnte bei gleichzeitiger Gewährleistung der operativen Durchführbarkeit die saisonale Marktstruktur des österreichischen thermischen Kraftwerksparks abgebildet werden. Wie im letzten Gespräch zwischen APG/E-Control am 26.01.2026 erläutert wurde, ersucht APG um die folgende Abänderung:

**[Alternative 1]** Der Regelzonenführer hat jährlich bis längstens **30. September 31. Oktober** eine Ex-Post-Analyse über die Entwicklungen des Bedarfs, der Häufigkeit, der Wirksamkeit und der Ursachen der Engpassmanagementabrufe von 1. **Januar Oktober** bis zum **31. Dezember 30. September des laufenden Jahres** des Vorjahres (...) durchzuführen.

**[Alternative 2]** Der Regelzonenführer hat jährlich bis längstens **30. September 31. Oktober** eine Ex-Post-Analyse über die Entwicklungen des Bedarfs, der Häufigkeit, der Wirksamkeit und der Ursachen der Engpassmanagementabrufe von 1. **April des Vorjahres bis 31. März des laufenden Jahres von 1. Oktober des Vorjahrs bis zum 30. September des laufenden Jahres Oktober** (...) durchzuführen.

### **Zu § 8 Übergangsbestimmungen**

Es ist unklar, welchen Sinn die gemäß § 8 Abs. 3 VO-Entwurf bis 30. April übergangsweise zu erstellende Ex-Post Analyse hat. Zum 30. April ist die Frist zur Antragstellung zur Genehmigung der Methode aller Voraussicht nach schon abgelaufen. Es wird weiters ohnehin parallel dazu eine Ex-Post Analyse gemäß § 7 Abs. 2 VO-Entwurf erstellt. Es wird durch E-Control nicht begründet, warum genau für das erste Jahr der Anwendung des VO-Entwurfs zwei Ex-Post Analysen zu erstellen sind. Weiters wurde durch APG ohnehin in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Genehmigungsbeschlusses eine Ex-Post Analyse erstellt und auch an E-Control am 01. Dezember 2025 übermittelt.

*APG ersucht dem Sachlichkeitsgebot entsprechend um Löschung des § 8 Abs. 3 VO-Entwurf.*

### **Formulierungsvorschlag:**

#### **Zu § 8 Abs. 3:**

~~Die Ex-Post-Analyse für den Zeitraum 1. Oktober 2024 bis 30. September 2025 hat nach den inhaltlichen Vorgaben des § 7 Abs. 2 bis 30. April 2026 zu erfolgen. Diese Frist kann durch die Regulierungsbehörde erstreckt werden.~~

Falls E-Control begründen kann, warum im ersten Jahr der Anwendung des VO-Entwurfs zwei Ex-Post Analysen erstellt werden sollten (siehe vorangehend), findet sich folgend auch noch eine inhaltliche Stellungnahme: Vorbehaltlich der Die durch § 143 Abs. 4 EIWG geforderte operative Durchführbarkeit der Prozesse der Netzreserve ist in Anbetracht des Umfangs der bis zum 30. April fertigzustellenden Ex-Post Analyse nicht gewährleistet. Der angedachte Umfang wurde APG durch E-Control informell erst Ende Dezember mitgeteilt und beinhaltet Aspekte der Netzsicherheit, die einer tiefgehenden Analyse bedürfen. Andernfalls sind keine fundierten Erkenntnisse zu erwarten. Wie bereits durch APG per Stellungnahme am 13.01.2026 angeregt wurde, ersucht APG um die Festlegung eines Untersuchungsprogramm mit einem machbaren Umfang.

Dieser inhaltliche Vorschlag richtet sich weitgehend nach der am 1. Dezember 2025 an E-Control übermittelten Ex-Post Analyse, welche in Entsprechung der Vorgaben des Genehmigungsbeschlusses der Europäischen Kommission durch APG durchgeführt wurde:

- die Analyse des Auftretens der in der Systemanalyse angenommenen Situationen
- die Auswertung der Unterschiede zwischen den aufgetretenen und simulierten Situationen
- die Analyse der im Analysezeitraum vorliegenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf das Engpassmanagement im Kontext zu den gewählten technisch sinnvollen Eingangsdaten sowie Annahmen für Szenarien der Systemanalyse zur Bedarfsableitung.
- die Gegenüberstellung der tatsächlichen Engpassmanagementabrufe aus thermischen Kraftwerken betreffend Anzahl an Tagen an denen Engpassmanagement notwendig war
- die Ausweisung des maximalen Abrufs an Netzreserve im gegenständlichen Zeitraum.



**Formulierungsvorschlag:**

**[Alternativ zur vorangehend vorgeschlagenen Löschung] Zu § 8 Abs. 3:**

Die Ex-Post-Analyse für den Zeitraum 1. Oktober 2024 bis. 30. September 2025 hat ~~nach den inhaltlichen Vorgaben des § 7 Abs. 2~~ bis 30. April 2026 zu erfolgen. Diese Frist kann durch die Regulierungsbehörde erstreckt werden.

**Für diesen Zeitraum soll die Analyse über die Häufigkeit des tatsächlichen Auftretens von ähnlichen in der Systemanalyse angenommenen Situationen durchgeführt werden und die Unterschiede zwischen den aufgetretenen und simulierten Situationen ausgewertet werden. Es sollen die im Analysezeitraum vorliegenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf das Engpassmanagement im Kontext zu den gewählten technisch sinnvollen Eingangsdaten sowie Annahmen für Szenarien der Systemanalyse zur Bedarfsableitung analysiert werden. Weiters soll eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Engpassmanagementabrufe betreffend Anzahl an Tagen an denen Engpassmanagement notwendig ist, sowie Energiemengen gegenüber den Annahmen in der Systemanalyse für den gegenständlichen Zeitraum durchgeführt werden. Darüber hinaus ist die maximal abgerufene Leistung aus der Netzreserve im gegenständlichen Zeitraum auszuweisen.**

**Zu §7 Abs. 1 Monitoring**

Zur Sicherstellung der operativen Durchführbarkeit der für die Netzreserve notwendigen Prozesse ist es im Falle der Anforderung eines Entwurfs zur Änderung der Methode durch E-Control notwendig, dass gemäß § 143 Abs. 2 EIWG „eine angemessene Vorlaufzeit für die Erstellung der Systemanalyse“ sichergestellt wird. Die Systemanalyse zur Dimensionierung der Netzreserve fordert komplexe lastflussbasierte und netztechnische Simulationen, im Stunderaster, für ein ganzes Zieljahr. Bei methodologischen Änderungen kann die Implementierung dieser Änderungen je nach Umfang bis zu 12 Monate in Anspruch nehmen. Dieser Umstand wurde auch schon zuvor in den Abstimmungen zwischen APG und E-Control detailliert erörtert; hierfür verweisen wir auf die Gespräche am 08.04.2025, 20.05.2025, 23.06.2025., 28.08.2025, 02.10.2025, 12.11.2025 als auch 08.01.2026 zwischen APG und E-Control.

*Es wird aus diesem Grund darum ersucht, **sechs Monate Vorlaufzeit zur Änderung der Methode** ab Verlangen durch E-Control (statt zwei Monate im ursprünglichen Text) zu definieren bzw. **die tatsächliche Umsetzung davon erst für die nächste noch nicht gestartete Systemanalyse einzuplanen**, wofür Eingangsdaten und Annahmen für Szenarien gemäß § 143 Abs. 4 EIWG noch nicht von APG zur Genehmigung eingereicht wurden.*



Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und möchten abschließend nochmals betonen, dass für APG die Sicherstellung der operativen Durchführbarkeit der Prozesse von entscheidender Bedeutung ist. Fristen müssen so festgelegt werden, dass sie unter Einhaltung aller Vorgaben (bspw. Analysen und Auswertungen) auch eingehalten werden können.

Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Verordnung mit den Vorgaben des Genehmigungsbeschlusses der Europäischen Kommission konform ist. Andernfalls wäre die Durchführung der Ausschreibung zur Beschaffung der Netzreserve mit einem rechtlichen Risiko belastet.

Mit freundlichen Grüßen

Austrian Power Grid AG

